Pressekonferenz

zum Thema:

Oberösterreich-Anteil aus Bundes-Wohnbaupaket sichern

Ihre Gesprächspartner sind:

Landeshauptmann-Stv. Ing. Reinhold Entholzer
Klubvorsitzender Christian Makor

Dienstag, 14. April 2015, 11 Uhr

Oö. Presseclub, Landstraße 31, 4020 Linz, Saal A

Bundesregierung packt an, Oberösterreich darf nicht zögern! Landesanteil am 30.000-Wohnungen-Paket rechtzeitig sichern

Bei der Regierungsklausur am 24. März 2015 haben Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Mitterlehner ein Wohnbaupaket im Ausmaß von 30.000 zusätzlichen Wohnungen und einem Investitionsvolumen von zirka 5,75 Milliarden Euro beschlossen. Der Ministerratsvortrag für dieses Konjunkturpaket liegt bereits vor, die Vorbereitungen in den für Wohnbau zuständigen Bundesländern starten. Ein wesentlicher Faktor wird die Einführung einer Zweckwidmung der Wohnbaugelder auf Landesebene sein. Die SPÖ hat dazu für die Landtagsitzung am 16. April 2015 einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag für die Zweckbindung der Wohnbaugelder inklusive der Rückflüsse eingebracht. Zweckbindung inklusive Rückflüsse bedeutet, dass die Finanzkraft des Landes-Wohnbauressorts von Jahr zu Jahr stärker wird, weil die Rückzahlungen von Landeswohnbaudarlehen im Wohnbauressort bleiben und wieder für neue Wohnbaumaßnahmen herangezogen werden.

„Beim jüngsten Wohnbaupaket nach der Versteigerung der Breitband-Frequenzen und auch bei der Überarbeitung im Zuge der Budgetbegleitgesetze haben ÖVP und FPÖ in Oberösterreich zu lange gezaudert. Im Gegensatz dazu hat Wien sein Kontingent zum Vorteil der Wohnungssuchenden abgeholt. Beim aktuellen Paket muss Oberösterreich entschlossener auftreten und besser vorbereitet sein. Mit dem Dringlichkeitsantrag für die Zweckwidmung der Wohnbau-Gelder leisten wir einen ersten Beitrag zur optimalen Vorbereitung“, stellt Landeshauptmannstellvertreter Reinhold Entholzer klar.

5.000 Wohnungen für Oberösterreich

Das insgesamt 30.000 Wohnungen umfassende Bundespaket soll über einen Zeitraum von 5 Jahren mobilisiert werden – im Ausmaß von 6.000 Wohnungen pro Jahr. Die Bundesländer-Anteile sind zwar noch nicht fixiert, der OÖ-Anteil an österreichweiten Wohnbaumaßnahmen beträgt jedoch üblicherweise ein Sechstel. "Das klare Ziel ist daher mindestens 1.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr aus dem Bundespaket für Oberösterreich zu erhalten. Damit würden wir wertvollen Wohnraum schaffen, den Druck auf die Mietpreise reduzieren und vielen Arbeitssuchenden neue Perspektiven bieten“, bringt es Entholzer auf den Punkt.

Positive Auswirkungen für ganz Österreich

Wie viele Arbeitsplätze durch das Wohnbaupaket entstehen werden, haben Fachleute im Auftrag von Sozialminister Hundstorfer errechnet:

Österreichweit werden durch die Errichtung von 30.000 zusätzlichen Wohnungen

- 150.000 Jahresarbeitsplätze und
- 16- 20.000 Dauerarbeitsplätze geschaffen.
- Außerdem wird leistbarer Wohnraum für zirka 68.000 Bewohner/innen geschaffen.

Wie wird das Modell aussehen?

Insgesamt soll ein Volumen von 5,75 Milliarden Euro investiert werden, davon 5 Milliarden Euro für die Wohnraumschaffung und 750 Millionen Euro für siedlungsbezogene Wohn-Infrastruktur.

Ausgangspunkt für diese Investitionen ist ein Globaldarlehen der Europäischen Investitionsbank über 700 Millionen Euro (davon 500 Mio Euro bundesbehäftet). Die Aktivitätsdrehzscheibe wird dabei eine noch zu gründende Wohnbauinvestitionsbank sein, die im Eigentum von Wohnbaubanken und Bausparkassen stehen soll.

Was müssen Oberösterreich und die anderen Bundesländer tun?

- 1) Die Inanspruchnahme von zusätzlichen Finanzierungen aus dem EIB-Globaldarlehen soll additiv mit der Inanspruchnahme von Förderungsmitteln des jeweiligen Bundeslandes einhergehen. Das genaue Verhältnis ist noch nicht festgelegt.
- 2) Außerdem muss eine Grundsatzvereinbarung getroffen werden, dass die Zweckwidmung der Wohnbauförderung der Länder wieder eingeführt wird.
- 3) Projekte aus Bundesländern, die den Ihnen zustehenden Bundesbeitrag zur Wohnbauförderung bereits zweckgewidmet haben, bzw. vorzeitig zweckwidmen, sollen unmittelbar in den Genuss der Mittel dieser Bundesinitiative zur Schaffung von leistbarem Wohnraum kommen.
- 4) Eine weitere Voraussetzung ist die Sicherstellung einer Kofinanzierung der Länder aus eigenen Wohnbaufördermitteln bei mindestens der Hälfte der Projekte der Wohnbauinvestitionsbank. Dafür können bereits Vorbereitungen getroffen werden – entweder im Investitionsbudget oder durch geeignete Finanzierungsmodelle (zB Wohnbauanleihen).

Vorteile des Wohnbau-Konjunkturpakets

- 1) Im konkreten Modell ergibt sich ein Zinsvorteil, der unmittelbar an die Bauträger und von diesen an die Bewohner/innen in Form von günstigen Mieten weiterzugeben ist.
- 2) Großinvestitionen in Ballungsgebieten können erstmals durch größere Geldmittel der Europäischen Investitionsbank finanziert werden.
- 3) Sowohl Miet- wie auch Eigentumswohnbau kann gefördert werden.

SPÖ bringt Initiativantrag ein, um die zusätzlichen Wohnungen nach OÖ zu holen

„Was jetzt bereits an Vorbereitungen geleistet werden kann, das gilt es jetzt anzupacken. Durch zu langes Zögern droht Oberösterreich ein Nachteil, weil etwa die Aufteilung der Gelder auf die Bundesländer im Ministerratsvortrag noch nicht geregelt ist. Deshalb tritt die SPÖ dafür ein, genügend Wohnungen und Arbeitsplätze nach Oberösterreich zu holen“, betont Entholzer.

„Wohnbau ist der Schlüssel für dringend notwendige Arbeitsplätze, für besser leistbare Mieten und für das Ankurbeln des Konjunkturmotors“, ist auch Klubvorsitzender Makor überzeugt.

Neue Angebote für 50.798 Wohnungssuchende in Oberösterreich schaffen

Die Anzahl der Wohnungssuchenden in Oberösterreich ist 2014 laut Auskunft des Wohnbaureferats um zusätzliche 999 Personen auf den neuen Rekordstand 50.798 Personen angewachsen. Mit zusätzlichen 1.000 Wohnbauten pro Jahr könnte Oberösterreich hier wirksam gegensteuern und die Wachsende Wohnungsnot spürbar lindern. Zudem würde der Druck auf die zuletzt deutlich gestiegenen Mietpreise nachlassen, was direkt den Wohnungsmieter/innen hilft.

Wohnungen und Arbeitsplätze aus Wien abholen!

„So wie jeder Förder-Euro aus Brüssel abgeholt werden soll, so muss auch jede Wohnung aus dem Bundespaket für Oberösterreich gesichert werden!“, stellt Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer fest. Oberösterreich hat es in der Hand, sein Wohnbaubudget mit dem Bundeswohnbaupaket massiv aufzustocken – diese Gelegenheit gilt es zu nutzen, so wie das die Stadt Wien bereits beim jüngsten Wohnbaupaket des Bundes vorgezeigt hat.

Weitere SPÖ-Initiativanträge für die kommende Landtagsssitzung:

Maßnahmenpaket für besseren Bienenschutz in Oberösterreich

Dringlichkeitsantrag

Bis zu zwei Drittel der Bienenvölker haben den Winter in oberösterreichischen Regionen nicht überlebt. Die Situation ist sehr unterschiedlich, vereinzelt gibt es sogar Totalausfälle mit Verlusten bis zu 100 Prozent. Zudem hat die EU in ihrer jüngsten EASAC-Studie den Zusammenhang zwischen Pestizid-Einsatz und dem Bienensterben bestätigt. Auch andere bestäubende Insekten wie Hummeln und Schmetterlinge leiden unter den Pestiziden. Der SPÖ-Landtagsklub hat deshalb ein Maßnahmenpaket für besseren Bienenschutz geschnürt, das insbesondere auf den Kernforderungen der Umweltschutzorganisation Greenpeace beruht. „Nachhaltige Landwirtschaft ist auch der richtige Weg für die Bienen. Natürliche Blumenwiesen und ökologische Vielfalt stärken die Bienen. Monokulturen und massiver Pestizideinsatz schaden ihnen. Tatsache ist aber, dass sowohl Landwirtschaft wie auch Imker einander brauchen – deshalb haben wir mit diesem Maßnahmenpaket einen Anstoß für ein besseres Miteinander gemacht“, argumentiert SPÖ-Klubvorsitzender Christian Makor.

Die 6 Kernforderungen der SPÖ-Resolution sind:

- 1) Den Einsatz von besonders bienenschädlichen Giftstoffen wie Imidacloprid, Thiamethoxam, Clothianidin, Fipronil, Chlorpyrifos, Cypermethrin und Deltamethrin möglichst umfassend zu verhindern.
- 2) Mais darf nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren auf der gleichen Fläche angebaut werden.
- 3) Eine Studie für eine flächendeckende Fruchtfolge, die insbesondere die Auswirkungen bezüglich der betrieblichen Praxis der unterschiedlichen Agrarbetriebe berücksichtigt.
- 4) Die boden- und umweltfreundliche Fruchtfolge soll auf Basis der zur erarbeitenden wissenschaftlichen Ergebnisse möglichst umfassend befolgt werden.
- 5) Die boden- und umweltfreundliche Fruchtfolge soll im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) möglichst verbindlich verankert werden.
- 6) Ein Forschungsprogramm für die ökologische Bekämpfung des Maiswurzelbohrers und des Drahtwurms zu initiieren.

Bestbieter statt Billigstbieter: SPÖ für gute Arbeitsplätze am Bau

Dringlichkeitsantrag

Die neue EU-Vergaberichtlinie bietet nun die Möglichkeit durch weitere Zuschlagskriterien die Stärken regionaler Anbieter im Vergabeverfahren entsprechend zu würdigen. Dadurch kann der heimische Arbeitsmarkt gestärkt werden, nachhaltige heimische Arbeitsplätze werden gesichert und die Leistungserbringung selbst wird qualitativ aufgewertet. „Sozialpolitische Kriterien sind im Vergabeverfahren wichtig und müssen ebenso wie der Preis eine entscheidende Rolle spielen“, macht SPÖ-Klubvorsitzender Christian Makor die Intention des Antrags deutlich. Auch Kriterien wie die Länge der Anfahrtswege, das Ausmaß der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen und die Lehrlingsausbildung sind nunmehr zulässige Kriterien im Vergabeverfahren. Außerdem kann die Beauftragung von Subunternehmen limitiert werden. Derzeit wird jedoch bei öffentlichen Vergabeverfahren vielfach noch nach dem Billigstbieterprinzip ausgewählt.

Der SPÖ-Klub tritt daher zur Stärkung der heimischen Bauwirtschaft dafür ein, dass

1. bei Auftragsvergaben durch das Land das Bestbieterprinzip mit sozial- und regionalpolitischen Kriterien vorgesehen wird,
2. ein Kontrollsystem zur regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung dieser Kriterien auch nach der Zuschlagserteilung eingerichtet wird,
3. bei den oberösterreichischen Gemeinden und den Unternehmen im Einflussbereich des Landes diese Maßnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenso veranlasst werden und
4. die Bundesregierung das Bundesvergabegesetz ändert, damit künftig auch im Unterschwellenbereich (bei Bauaufträgen bis 5,186 Mio. Euro) das Bestbieterprinzip zur Anwendung kommt.

Bürgerrechtepakete: SPÖ für weitergehende Rechte der Gemeindebürger/innen

Abänderungsantrag

In der Landtagssitzung am 16. April 2015 wird auch das Bürgerrechte-Gesetz beschlossen. Die SPÖ begrüßt dabei die weitergehenden Rechte für BürgerInnen, weil sie die direkte Demokratie stärken. Kritisch sieht der SPÖ-Klub jedoch die schwer verständliche Regelung zur Bürgerbefragung, die je nach Gemeinde unterschiedliche Prozentsätze (bis zu 18% in kleineren Gemeinden) vorsieht und im Endeffekt eine Bevormundung der Bevölkerung kleinerer Gemeinden bedeutet. „Die SPÖ ist für einheitliche 6 Prozent als Voraussetzung für Bürgerbefragungen in allen Gemeinden eingetreten. Soviel direkte Demokratie wollte jedoch die ÖVP in kleineren Gemeinden nicht zulassen – obwohl gerade dort bürgernahe Politik besonders wichtig ist. Im Landtag werden wir mit einem Abänderungsantrag des vorliegenden Entwurfs einen weiteren Anlauf für gleiche Rechte starten“, erklärt SPÖ-Klubvorsitzender Makor. Auch der neuen Initiative für eine Veto-Volksabstimmung wird die SPÖ zustimmen.

Pressesprecher Mag. Andreas Ortner

Email: andreas.ortner@ooe.gv.at

Telefon: 0664-8299984

4021 Linz · Landhausplatz 1

T: +43 732/7720-11564

spoe.klub@ooe.gv.at

www.spoe-klub-ooe.at

DVR: 0636240